

P R E S S E

Information



Internet: <http://www.gdp-bremen.de>
E-mail: info@gdp-hb.de

Bremen, 27. Januar 2010
Seite 1 / 1

Angriff aus dem Nichts!

Es ist die Nacht vom 9. auf den 10. Oktober 2008. Die Besatzung eines Streifenwagens wird in den Grünzug - West- beordert, weil dort angeblich ein Nichtsesshafter Passanten belästigen soll. Der Notruf ist fingiert. Denn am Einsatzort stürzt sich ein junger Mann auf den Streifenwagen und versucht mit einem Holzknüppel eine Scheibe des Streifenwagens einzuschlagen. Als das misslingt, flüchtet der Täter. Kurz darauf werden er und zwei weitere Täter gestellt und festgenommen. Bei ihnen finden die Polizeibeamten ein Molotowcocktail, ein Benzinkanister und Bruchstücke eines Gullydeckels. Bei ihrer Vernehmung erklären sie, dass sie den Streifenwagen in Brand setzen wollten. Vorfälle dieser Art sind keine Einzelfälle.

Nicht immer sind sie so hochkriminell wie der beschriebene. Polizistinnen und Polizisten werden in Fallen gelockt, um sie anzugreifen, es wird getreten, es wird gespuckt, es wird beleidigt. Nur aus einem Grund, weil sie Polizeibeamte sind.

Polizistinnen und Polizisten repräsentieren den Rechtsstaat und sorgen dafür, dass die Regeln unseres Zusammenlebens eingehalten werden. Es muss solchen Tätern gegenüber klar gemacht werden, dass ein Angriff auf Polizeibeamte auch ein Angriff auf unsere Bürgergesellschaft ist.

In diesem Zusammenhang fordert die Gewerkschaft der Polizei in einer bundesweiten Plakataktion mit dem Titel "Keine Gewalt gegen Polizisten! -§115 StGB jetzt!" die Einführung des § 115 StGB.

P R E S S E

Information



Internet: <http://www.gdp-bremen.de>
E-mail: info@gdp-hb.de

Bremen, 27. Januar 2010
Seite 2 / 2

Dieser Paragraf soll eine Gesetzeslücke schließen, die der § 113 (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) aufweist. § 113 deckt Straftaten gegen Polizeibeamte nur ab, wenn sie sich in einer Vollzugssituation befinden. Angriffe aus dem "Nichts" werden nicht erfasst. Deshalb hat die GdP mit dem Vorschlag einer eigenen Gesetzesnorm den Versuch gestartet, diese Lücke zu schließen.

Der Senat und die Parlamentarier der Bremer Bürgerschaft haben von der Forderung der GdP Kenntnis und wir erwarten, dass sie sich auf Bundesebene für die Umsetzung stark machen.

Der Landesvorstand